

**Antrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Gegen die Norm?**

**Koordinierungsstelle für die Gleichstellung von Menschen mit queeren Lebensformen**  
(Drs. 16/8159)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 16/9151)

Claudia Stamm (GRÜNE)..... 7313 7317 7318  
Andreas Lorenz (CSU)..... 7314  
Horst Arnold (SPD)..... 7315 7318  
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 7316 7317  
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU)..... 7316  
Dr. Otto Bertermann (FDP)..... 7317 7318  
Dr. Linus Förster (SPD)..... 7319  
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 7319

Namentliche Abstimmung..... 7319

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 6) ..... 7323

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

**Bayerische Landwirtschaft vor gentechnisch verändertem Saatgut schützen** (Drs. 16/8523)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 16/9115)

Beschluss..... 7320

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)

**Nachtragshaushalt für Energiewende**  
(Drs. 16/8771)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/9212)

Ludwig Wörner (SPD)..... 7320  
Tobias Reiß (CSU)..... 7320  
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 7321  
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 7321  
Karsten Klein (FDP)..... 7321 7322  
Staatsminister Martin Zeil..... 7322 7323  
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 7322  
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 7323

Beschluss..... 7323

**Antrag** der Abgeordneten

Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u. a. (CSU),  
Karsten Klein, Thomas Dechant, Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)

**Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 204/8/EG und 2006/32/EG** (Drs. 16/9247)

Beschlussempfehlung des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 16/9268)

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak u. a. und Fraktion (SPD)

**Subsidiaritätsbedenken gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und Forderung nach Formulierung verbindlicher Einsparungsziele beim Primärenergieverbrauch und dazu nötiger Sanktionsmöglichkeiten bei Nicht-Einhaltung** (Drs. 16/9264)

Beschlussempfehlung des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 16/9269)

Beschluss zum CSU/FDP-Antrag 16/9247..... 7323

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/9264... 7323

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Plan B für den Fall des Scheiterns des Projekts 2. Münchner S-Bahn-Röhre** (Drs. 16/8525)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/9161)

Namentliche Abstimmung (Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses siehe Plenarprotokoll 16/82) 7324

Schluss der Sitzung..... 7324

Sie haben noch 15 Sekunden Zeit. Im Interesse einer zügigen Fortsetzung der Debatte bitte ich Sie, schon einmal Platz zu nehmen. Die letzten Kollegen bitte ich, wenn noch nötig, um die Stimmabgabe.

Wir schließen die Abstimmung, zählen außerhalb des Saales aus und geben das Ergebnis später bekannt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)**

**Bayerische Landwirtschaft vor gentechnisch verändertem Saatgut schützen (Drs. 16/8523)**

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache abgehandelt wird. - Ich sehe keinen Widerspruch. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt auf Drucksache 16/9115 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN. Die Gegenprobe. - Die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)**

**Nachtragshaushalt für Energiewende (Drs. 16/8771)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Für die Begründung des Antrags darf ich dem Kollegen Ludwig Wörner für die SPD-Fraktion das Wort geben.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute in großer Eintracht die Energiekommission eingesetzt, die alle Anträge, die mit Energie zu tun haben, beraten und ihnen zum Erfolg verhelfen soll. Wie heißt es aber so schön? Ohne Moos nix los! Meine Damen und Herren, wer nicht mit einem Nachtragshaushalt Geld bereitstellt oder bereitstellen will, muss sich die Frage stellen lassen, wie es dann gehen soll. Ich weise darauf hin, dass wir Energieberater brauchen werden, für die derzeit keine Haushaltsmittel außer Bundesmitteln vorhanden sind. Die Bundesmittel sind aber relativ rasch ausgeschöpft. Wir werden für die Energieagentur nicht nur ehrenamtliche Mitarbeiter brauchen, sondern auch Geld, und wir müssen schleunigst die Haushaltsmittel für die energetische Sanierung

aufstocken. Hier brauchen wir nicht nur Geld für die Staatsbauten. Wenn wir wollen, dass die Hausbesitzer mithalten können und die Mieten nicht ins Unendliche steigen, sodass wir sie dann mit Mitteln sozial abfedern müssen, müssen wir investieren. Dazu müsste der Staat zinsvergünstigte Darlehen und Kredite bzw. auch Mittel bereitstellen. Deswegen fordern wir einen Nachtragshaushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wollen Sie denn nach außen das verkaufen, was wir gemeinsam alles vorhaben, wenn Ihnen die Frage gestellt wird, wer es bezahlt? Darauf müssen Sie schweigen, weil die Finanzierung nicht geklärt ist, es sei denn, wir verständigen uns heute darauf, dass wir einen Nachtragshaushalt beschließen. Über die Details und Einzelheiten können wir sowieso erst nach den Ferien reden. Dann wären wir aber endlich einen Schritt weiter. Das wäre erst nur eine Willenserklärung. Wir wollen gemeinsam einen Nachtragshaushalt, um sicherzustellen, dass das, was wir vorhaben, rasch und zügig vorangetrieben werden kann. Angesichts dieser Sachlage könnte ich es nicht verstehen, wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen können. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Es sind noch zwei Minuten auf der Uhr für die SPD übrig. Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Tobias Reiß das Wort.

**Tobias Reiß (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind uns darin einig, dass wir für den schnelleren Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung auch bayerisches Geld einsetzen müssen. Wir haben jetzt aber Sommerpause, sodass es aus zeitlichen Gründen schon keinen Sinn macht, mit heißer Nadel einen Nachtragshaushalt 2011 zu stricken. Bis wir mit den parlamentarischen Beratungen fertig wären, wäre das Jahr vorbei.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Herr Kollege Wörner, wir sagen aber selbstverständlich Ja zu zusätzlichen Haushaltsmitteln für den Umstieg auf erneuerbare Energien in einem Nachtragshaushalt 2012. Das Energiekonzept der Staatsregierung oder auch das Konzept der CSU-Fraktion enthält diese von Ihnen gewollte Willenserklärung. Diese Konzepte enthalten etliche haushaltsrelevante Vorschläge, die selbstverständlich in die Beratungen dieses Nachtragshaushalts einfließen müssen.

Eine auf erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung in Bayern braucht ein aktives Zusammenwirken von Bürgern, Kommunen, Wirtschaft, Wissen-

schaft und bayerischer Politik. Das erfordert selbstverständlich auch eine finanzielle Flankierung von staatlicher Seite.

Für den beschleunigten Umbau der Energieversorgung ist neben den Ländern in erster Linie der Bund gefordert. Deshalb wundert es mich schon, dass hier für die energetische Gebäudesanierung bayerisches Geld gefordert wird, während die SPD-regierten Länder den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur energetischen Gebäudesanierung im Bundesrat letzte Woche wegen der damit verbundenen Steuerausfälle abgelehnt haben. Wir sind uns darin einig, dass Energiesparmaßnahmen an Gebäuden eine tragende Säule unserer Energiezukunft sind. Deshalb muss es unser Ziel sein, möglichst schnell mit gezielter Förderung die Sanierungsrate zu erhöhen.

Wir wollen, dass die Bürger mitmachen, dass sie sanieren, dass sie einsparen. Das heißt am Ende aber auch, dass sie investieren müssen. Wir sollten nicht so tun, als würden wir den Energieumbau mit staatlichen Mitteln alleine bewältigen können. Trotz aller Fördermaßnahmen und steuerlicher Anreize, die wir sicherlich begleitend schaffen müssen, wird die Energiewende nur gelingen, wenn jeder Einzelne bereit ist, seinen Beitrag zu leisten. Der energiepolitische Dreiklang - Energie sparen, erneuerbare Energien erzeugen und sie effizient verwenden - lebt vom Mitmachen der Menschen. Wir wollen, dass Bayern das Land mit der höchsten Energieeffizienz und der saubersten Energieerzeugung wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dazu muss der Freistaat seinen Beitrag leisten!)

Das werden die zukünftigen Haushalte auch dokumentieren.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Bei Ihnen gibt es auch noch Zeit auf der Uhr. Jetzt hat für die FREIEN WÄHLER der Kollege Glauber das Wort.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach mehr als zwölf Stunden Sitzungsmarathon kann man es kurz machen. Der Antrag ist in den Ausschüssen beraten worden. Wir werden es nur schaffen, wenn der Bund und die Länder ihren Verpflichtungen gerecht werden. Bei der Gebäudesanierung ist es nicht sinnvoll, wenn das Land seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, denn wir wissen, dass diese Mittel auch regional wieder zurückfließen. Deshalb bleibt die Wertschöpfung in den Regionen. Wie gesagt, wir stimmen zu. Das ist das Votum der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Jetzt geht es mir fast schon zu schnell. Ich darf den Kollegen Hartmann bitten, kurz zu warten, weil ich geschäftsleitend etwas mitteilen möchte. Zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur Listenummer 39 aus der Anlage zum Tagesordnungspunkt 18, also zur nachfolgenden Debatte ist auf die Aussprache verzichtet worden. Es ist aber eine namentliche Abstimmung beantragt worden. Damit die Zeit schon läuft, kündige ich Ihnen das an. Jetzt fahren wir fort. Herr Hartmann, Sie haben jetzt für die GRÜNEN das Wort.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist unumstritten und klar, dass es nicht zum Nulltarif gehen wird, wenn ein Bundesland, das jahrzehntelang auf eine falsche Energiepolitik gesetzt hat, jetzt ins Zeitalter der erneuerbaren Energien einsteigen will. Hierfür wird man Geld ausgeben müssen. Das ist unumstritten. Deshalb ist es für uns ganz klar, dass wir den Antrag unterstützen und dass dafür Mittel bereitgestellt werden müssen. Bereits im Rahmen der Doppelhaushaltsberatungen hat es uns nicht eingeleuchtet, warum man das Klimaschutzprogramm auslaufen lässt. Ein Großteil des Geldes für die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude stammt aus dem Klimaschutzprogramm. Der Nachholbedarf ist noch gewaltig. Warum lassen Sie das Klimaschutzprogramm auslaufen?

Wenn Sie mir zuhören, möchte ich noch einen anderen Bereich kurz ansprechen. Wir unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion, bitten jedoch die Staatsregierung darum, eine Evaluierung des Klimaschutzprogramms vorzulegen, damit es in diesem Landtag diskutiert werden kann. Was ist mit dem Geld in den letzten Jahren erreicht worden? Wie deutlich ist durch das Klimaschutzprogramm der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert worden? Die Evaluierung gehört zur Debatte dazu, um die nächsten Maßnahmen einzuleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Auf der Uhr ist noch Zeit übrig. Für die FDP-Fraktion hat Kollege Karsten Klein das Wort.

**Karsten Klein (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade habe ich gehört, dass die Kolleginnen die Zeit auf mich überschrieben haben. Jetzt kann ich etwas länger reden. Ich versuche mich jedoch kurz zu fassen. Die Energiewende liegt selbstverständlich auch der FDP-Fraktion sehr am Herzen. Das können Sie daran erkennen, dass wir nach wie vor die einzige Partei in Bayern sind, die ein Energiekonzept auf ihrem Landesparteitag beschlossen hat.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist die Energiewende bei uns in guten Händen.

(Lachen der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Beim Haushalt ist es so wie in der Juristerei: Ein Blick in den Haushalt schärft den Blick. Wenn Sie einen Blick in den Haushalt werfen, werden Sie feststellen, dass dort bereits deutlich mehr Mittel, als von der SPD gefordert, vorhanden sind. Allein mit dem Programm "Aufbruch Bayern" haben wir Projekte mit einem Volumen von über 97 Millionen. Es geht um Elektromobilität, um Solarfabriken, um Forschungseinrichtungen, Karbonfasern und vieles mehr.

Zudem läuft im Jahr 2011 immer noch das Programm "Klimawandel", das ein Volumen von 81 Millionen Euro aufweist. Herr Kollege Hartmann hat das bereits angesprochen. Das ist mehr, als die SPD mit Ihrem Antrag fordert. Richtig ist, dass Handlungsbedarf besteht. Mit dem Nachtragshaushalt 2012 werden wir auch handeln. Die FDP-Fraktion wird sich für ein Investitionsprogramm mit einem Volumen von ungefähr 100 Millionen Euro im Rahmen des Nachtragshaushaltes stark machen. Selbstverständlich müssen wir ebenfalls die Programme auf Bundesebene berücksichtigen. Was fördert der Bund? Welche Investitionen tätigt der Bund? Wo will der Bund aktiv werden? Wir wollen keine Doppelungen, sondern dort einsteigen, wo es für Bayern und seine Regionen wichtig ist. Dafür werden wir das Geld investieren. Das haben die Regierungsfaktionen bereits in dieser Legislaturperiode sinnvoll getan. Deshalb ist der Antrag der SPD-Fraktion für einen Nachtragshaushalt 2011 unnötig. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Für die Bayerische Staatsregierung hat jetzt Staatsminister Zeil das Wort.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Antrag in der Plenarsitzung am 25. Mai sehr ausführlich diskutiert. Ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken, dass fraktionsübergreifend eine große Bereitschaft für die Energiewende besteht. Die in unserem Energiekonzept vom 24. Mai enthaltenen vielfältigen Maßnahmen, die unter meiner Federführung entwickelt wurden, enthalten Projekte wie zum Beispiel praktische Förderprogramme, aber gerade auch Vorschläge zu Fragen der Forschung, der Wissenschaft und der Entwicklung. Diese sollen in den Nachtragshaushalt, der ohnehin am Ende des Jahres zur Verabschiedung ansteht, integriert werden. Ich bedanke mich insbesondere bei den Koalitionsfraktio-

nen. Es wird noch sehr viel Arbeit vor uns liegen. Jedoch ist es nicht sinnvoll, plakativ irgendetwas zu beschließen, was ohnehin kommen wird. Dafür brauchen wir keinen Hinweis von der Opposition.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

In der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern, die in der heutigen Sitzung beschlossen worden ist, wird es viele Gelegenheiten geben, über solche allgemein gehaltenen Anträge hinaus konkrete Projekte anzugehen. Für diese Debatte bedanke ich mich beim Hohen Haus und empfehle Ihnen die Ablehnung dieses Antrags.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch kurz am Mikrofon. Herr Kollege Dr. Fahn hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung entschlossen.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Ich verstehe Ihre Äußerungen nicht. Sie haben gesagt, dieser Nachtragshaushalt werde ohnehin kommen. Das war auch den Beiträgen der CSU-Fraktion zu entnehmen. Im Konzept der Staatsregierung sind bereits Mittel vorgesehen, die notwendig sind, um die Energiewende umzusetzen. Wenn der Nachtragshaushalt kommen wird - die SPD fordert das -, dann müssen Sie doch dem Antrag der SPD zustimmen. Ansonsten ist das ein reines Politikum, das Sie hier veranstalten.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Staatsminister zur Erwiderung, bitte.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege, ich möchte darauf hinweisen, dass es ein geordnetes Verfahren gibt. Das Verfahren regelt die Erstellung von Haushalten und Nachtragshaushalten. Deswegen ist es nicht sinnvoll, für spezielle Themen, so wichtig sie auch sein mögen, einen vorgezogenen Nachtragshaushalt zu fordern und zu beschließen, nachdem diese Koalition einen Nachtrag 2012 ohnehin schon vorbereitet. Einen Beschluss über einen derartigen Schaufensterantrag brauchen wir nicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Nun folgt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Karsten Klein von der FDP-Fraktion.

**Karsten Klein (FDP):** Herr Staatsminister Zeil, in der Debatte gibt es ein Missverständnis: Wir werden einen Nachtragshaushalt 2012 beschließen. Die SPD

fordert jedoch einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2011. Das ist der Unterschied. Wir lehnen den Nachtragshaushalt für 2011 ab, da dieser unnötig ist. Der Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 ist nötig. Deshalb machen wir ihn auch.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege, es wäre nicht das erste Mal, dass die Regierungskoalition der SPD weit voraus ist. Es wird noch viele solche Fälle geben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Staatsminister, Sie haben es noch nicht geschafft. Jetzt hat sich noch Kollege Dr. Runge für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

**Dr. Martin Runge (GRÜNE):** Herr Staatsminister Zeil, jetzt stellt sich mir die Frage nach Koch und Kellner. Sie haben wortwörtlich gesagt: Ende dieses Jahres. Herr Kollege Klein hat Sie jetzt um ein Jahr korrigiert. Als Staatsregierung haben Sie einen Nachtragshaushalt Ende dieses Jahres verkündet. War das ein Versprecher? Schließen Sie sich Herrn Kollegen Klein an?

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Bitte schön, Herr Minister.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Dr. Runge, anscheinend ist es eine Lieblingsbeschäftigung von Ihnen, vermeintliche Widersprüche aufzudecken. Ich darf Ihnen jedoch sagen, dass es ein klares Verfahren gibt. Die Staatsregierung wird im Einvernehmen mit den sie tragenden Fraktionen wie immer bis Ende des Jahres einen solchen Haushalt vorlegen, der selbstverständlich im nächsten Jahr für das Jahr 2012 beschlossen wird. Das ist immer der Fall. Es ist schon fast Energieverschwendung, dass wir uns über solche Fragen in dieser Breite austauschen müssen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/9212 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen dem Ausschuss-

votum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen SPD, FREIE WÄHLER und die GRÜNEN. Gegenprobe? - Das sind die Regierungskoalitionen CSU und FDP. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion der GRÜNEN "Gegen die Norm? Koordinierungsstelle für die Gleichstellung von Menschen mit queeren Lebensformen" auf Drucksache 16/8159 bekannt. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 92 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Außerhalb der Tagesordnung rufe ich auf:

#### **Antrag der Abgeordneten**

**Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u. a. (CSU),  
Karsten Klein, Thomas Dechant, Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)**

**Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG  
(Drs. 16/9247)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak u. a. und Fraktion (SPD)**

**Subsidiaritätsbedenken gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und Forderung nach Formulierung verbindlicher Einsparungsziele beim Primärenergieverbrauch und dazu nötiger Sanktionsmöglichkeiten bei Nicht-Einhaltung (Drs. 16/9264)**

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen sofort zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag von Abgeordneten der Fraktionen der CSU und FDP auf der Drucksache 16/9247 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten empfiehlt auf Drucksache 16/9268 die unveränderte Annahme. Wer möchte dem Antrag zustimmen? - Ich sehe die Hände aller Fraktionen sowie von Frau Dr. Pauli. Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig so angenommen.

Nun lasse ich abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/9264.